

Gedanken und Hinweise zum Haushalt 2016

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Haushaltsberatungen für das Jahr 2016 sind mit Geburtswehen gestartet.

Vorlagen waren nicht vollständig, Vergleichszahlen fehlten, Hinweise aus den Fachbereichen zu Buchungsdifferenzen wurden auf dem Weg zu den Ausschussmitgliedern durch Mitarbeiter der Kämmerei nicht mehr dargestellt und schon in den ersten Sitzungen beziehungsweise Teilhaushaltsberatungen wurde deutlich:

Selbst unsere „Experten“ hatten Mühe, sich durch die Vorlagen zu kämpfen, so dass in dem einen oder anderen Ausschuss die Beratungen ganz verweigert wurden.

Hier muss man allerdings der Kämmerei zugute halten, dass durch enge Zeitvorgaben der Politik und durch krankheitsbedingte Ausfälle über weite Strecken „Land unter“ war.

Als dann die ersten fast belastbaren Zahlen in einem interfraktionellen Gespräch vorgelegt wurden, zeichnete sich ab, dass die Verwaltung auf dem Weg war, erstmalig einen Summenentwurf vorzulegen, der am Ende die HSK-Vorgaben auf Anhieb hätte erfüllen können.

Uns trennten im Ergebnis zwar noch knapp 900.000 Euro vom Erfolg. Allerdings gab es Lösungsvorschläge der Verwaltung, die das Defizit ohne Steuer- und Gebührenerhöhungen auf gut 100.000 Euro schrumpfen ließen.

Die Kämmerei konnte gleich mit mehreren Deckungsvorschlägen aufwarten, so dass der letzte Entwurf dann die vermeintliche Lösung

enthielt: Die kalkulatorischen Zinsen für unser Abwassersystem werden gegen den Willen der CDU um 1% nach oben gesetzt. Schon ist die Differenz von 100.000 Euro gedeckt.

Darüber hinaus sind sogar noch 100.000 Euro für andere Wünsche über.

Doch es kam anders: Leider hat, wie wir seit einigen Wochen wissen, der Kreiskämmerer diese Erhöhung wegen rechtlicher Bedenken nicht mitgetragen.

Aber das ist in Rheinberg ja kein Problem. Es wird mit Duldung der Aufsichtsbehörde der Ansatz für die Gewerbesteuer um 200.000 Euro auf 450.000 Euro erhöht, und schon passt die Sache wieder.

Dass wir in den Haushaltsreden unseres Kämmergeleiters in den letzten Jahren immer hören mussten, den Ansatz könne man nicht auf den Maximalwert der Orientierungslinie des Landes erhöhen, weil dieses Ziel nicht zu schaffen sei, wird einfach ausgeblendet, getreu dem Motto unseres pensionierten Bürgermeisters Theo Mennicken: Et hät ` noch ever gepasst.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,
mit dem Passen ist das so eine Sache:

Bereits im letzten Jahr haben wir unsere HSK-Vorgaben noch unter Theo Mennicken nicht erreicht, weil die erhofften Gewerbesteuer-Millionen eben nicht im geplanten Umfang gekommen sind.

Der Kämmergeleiter hat offensichtlich daraus gelernt, und uns empfohlen, die Ansätze nur geringfügig zu erhöhen.

Auch wir haben daraus gelernt und unterstützen ausdrücklich eine geringfügige Erhöhung.

Sie aber setzen auf Glücksszenarien, die für den Fall, dass sie nicht eintreten unwiederholbar sind. Wenn nämlich die nun angedachten erhöhten Ansätze

im Bereich Gewerbesteuer nicht eintreten, kann ein solcher Ansatz in den Folgejahren nicht nochmals geplant werden.

Für dieses Jahr waren im Bereich der Personalwirtschaft im HSK ca. 300.000 Euro Einsparpotential angesetzt.

Trotz aller Bemühungen haben uns hier nicht erwartete Außenwirkungen, nämlich eine Rücklagenerhöhung das Korn verhagelt, so dass das angestrebte Ziel einfach nicht erreicht werden konnte. Dringend notwendige Personalmaßnahmen wirkten sich als **Mehrausgabe** ebenfalls im Ergebnis aus.

Trotzdem waren sich SPD, Bündnis 90/ Grüne und Linke jetzt einig, die zukünftigen Haushalte durch die unnötige, kostenintensive und sozial nicht gebotene Rückführung der Gebäudereinigung in städtische Hände übernehmen zu wollen. Das ist vor dem Hintergrund der Finanzlage und der bereits heute bekannten Risikopotentiale absolut unverständlich.

Die „Umbauarbeiten“ innerhalb der Verwaltung sind noch nicht optimal abgearbeitet, solange nicht auch der Bereich Kämmerei optimiert ist.

Hier ist es für die CDU - Fraktion allerdings erfreulich, dass auch die anderen Fraktionen hier einen dringenden Handlungsbedarf erkannt haben und Einvernehmen besteht, auch diesen Bereich bei nächstmöglicher Gelegenheit in Arbeit zu nehmen.

Die Risiken für den Haushalt 2016 ergeben sich aus der bereits gerade erwähnten „kreativen“ Gestaltung der Gewerbesteueransätze. Werden die großzügig gestalteten Prognosen nicht erreicht, werden wir - wie im letzten Jahr - erneut einen negativen Abschluss bekommen.

Vor dem Hintergrund, dass wir HSK - Kommune sind, eine Katastrophe.

Außer Acht lassen darf man auch die weiteren Risiken nicht. Die Kreisumlage kann uns - wenn auch nicht in diesem Jahr - in den Folgejahren auf die Füße fallen; die Wünsche von SPD und Bündnis 90 / Grünen belasten **schon** den diesjährigen Haushalt und müssen durch Ansatz- oder Steuererhöhungen kompensiert werden; die KITA-Betreiber stehen Schlange, weil sie von der Stadt Zuschüsse erwarten, mit denen sie ihre Haushalte ausgleichen können.

Weitere Großprojekte, wie Zweifachsporthalle, Marktplatzsanierung und das Projekt Altes Rathaus stehen noch an.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen:

Wem wollen Sie in die Tasche greifen, um Ihre unsolide Ausgabenpolitik zu finanzieren?

Unter Anlage 7 der Beschlussvorlage ist nachzulesen, wie Sie Ihre Wünsche finanzieren wollen.
Offensichtlich mit Luftschlössern.

Der Kämmereileiter hat die Ansätze klar unter den Vorschlägen der SPD angesiedelt und dabei mehrmals deutlich gemacht, dass er seine Ansätze für ausgereizt hält.

Das ignorieren Sie und fordern **sogar munter** weitere Belastungen für den Haushalt, für die es keine Deckungsvorschläge gibt. Zusätzlich wollen Sie noch 38.165,00 Euro, die Sie nicht haben, an Elternbeiträgen verschenken,.

Und wie das mit den Geschenken ist, sehen Sie ja an der Europaschule. Als es um die Deckelung ging, sind Sie eingeknickt. Jetzt sind wir auf dem Weg zu Gesamtkosten von 15 Millionen Euro. Die werden uns am Ende mit 450.000 Euro jährlich an Zinsen und Abschreibungen belasten. Und das für die Dauer von 40 - 60 Jahren.

Das ist fahrlässig und unseriös.

Nicht verstehen ist kann ich das Handeln von Bündnis 90 und Grünen.

Sehr geehrter Herr Bartsch, noch in Ihrer Haushaltsrede von 2013 haben Sie beklagt, dass Ihre Anträge zur
freiwilligen Schuldenbremse,
zur Haushaltskonsolidierung,
zu Einspar- und Einnahmeverbesserungen

in der Vergangenheit nie Mehrheiten gefunden haben.

Sie hätten heute die Möglichkeit und auch eine Mehrheit Ihre Wünsche aus der Vergangenheit für den Haushalt 2016 erfüllt zu bekommen.

Diese Möglichkeit sollten Sie im Interesse unserer Stadt nutzen.

Glauben Sie allen Ernstes, es ist die Lösung, wenn Sie jetzt in das Lager der Geldverschwender wechseln, wenn sie die Einstellung von Reinigungskräften unterstützen, die uns, **die die Menschen in Rheinberg** dauerhaft nicht unerheblich belasten, wenn Sie die freiwillige Leistung Bibliothek schnellstmöglich aufrüsten, wenn Sie die HSK - Maßnahme Kürzung Grünpflegepauschale halb zurückholen wollen, wenn Sie einen Vorschlag zur Abfallentsorgung machen, der nicht umsetzbar ist, wenn Sie weiße Striche auf Fahrbahnen machen, anstatt die Geh/ Radwege zu sanieren und das Ganze auch außerhalb geschlossener Ortschaften fordern, wo es, wie zum Beispiel auf der Wallacher Straße gesetzlich verboten ist.

Und, das alles natürlich ohne Deckungsvorschläge.

Halt - nein. Hier tue ich Ihnen Unrecht. Sie haben wenigstens schon ansatzweise zu erkennen gegeben, wo das Geld für Ihre Wunschliste herkommen soll.

Sie erhöhen die Gewerbesteuer um 5 Prozentpunkte. Das ist einfacher als Sparen. Das trifft ja nur das Gewerbe, an dem viele Arbeitsplätze hängen.

Auch das ist nicht rechtschaffen, weil das Ganze in einem Kontext steht, in dem der Bürger berechtigterweise anfängt, sich zu wehren.

Beispiel Abrechnung Innenstadtsanierung und AWO-Neubau, mit noch nicht absehbaren Risiken.

Abschließen möchte ich zum Haushalt feststellen:

Wir hätten die Möglichkeit, uns mit den vorhandenen Einnahmen zumindest ein kleines Stück in Richtung Schuldenabbau zu bewegen. Mit diesem Ansinnen steht die CDU in Rheinberg offensichtlich allein da.

*Auch in Zeiten, in denen Steuern sprudeln, wäre es im Sinne aller Bürger nämlich angebracht, Verpflichtungen abzubauen. Stattdessen wird nicht nur **nicht** versucht, mit den vorhandenen Mitteln auszukommen, nein, es werden im*

Gegenteil neue Verpflichtungen eingegangen, die alle Bürger auf Jahre hinaus belasten.

Da wirkt es wenig beruhigend wenn in den Vorbemerkungen zum Stellenplan der HFA - Vorbehalt verankert ist und das Erfordernis, die Notwendigkeit einer Neubesetzung zu begründen.

Diesen Vorbehalt finden wir seit Jahren in jedem Haushalt und ich kann mich nicht erinnern, dass dieser geforderte Nachweis einmal nicht geführt wurde. Hier in Rheinberg wurde immer fleißig nachbesetzt.

Am Ende ist der Haushaltsentwurf auch nicht gerecht aufgestellt. Es finden sich nämlich äußerst wenig Projekte für unsere Außenbezirke, außer weißen Strichen.

Wir sind der Meinung, dass wir die Randzonen unserer Stadt nicht aus dem Auge verlieren dürfen und auch dort investieren müssen.

Ich hoffe, Ihre Wähler werden es Ihnen danken, wenn Sie ab dem nächsten Jahr die Quittung für Ihre Ausgabenpolitik bezahlen müssen:

Nämlich Steuer- und Gebührenerhöhungen in nicht unerheblicher Höhe.

Die CDU wird gegen diese Politik ein Zeichen setzen und dem Haushalt 2016 nicht zustimmen und das nicht gegen den Bürgermeister und die Verwaltung, sondern gegen Ihre Schuldenpolitik.

Erich Weisser